

Die Geduld ist der Preis für gewaltlose Problemlösung : für die UNO heisst für den Frieden

Autor(en): **Stich, Otto**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Für die UNO heisst für den Frieden

Bundesrat Otto Stich argumentiert für den UNO-Beitritt

I.

Die Skepsis von uns Schweizern, uns mit aussenpolitischen Themen zu befassen, hat eine lange Tradition und zunächst auch einleuchtende Gründe. Indessen können wir unsere Augen nicht einfach vor der Verknüpfung unseres Staates mit der internationalen Staatenwelt verschliessen. Bei näherer Betrachtung stellt sich nämlich heraus, dass unser Staat in seiner Aussenpolitik dies auch nie getan hat und auch nicht tun konnte.

Jeder von uns wird nochmals über die Bücher gehen, wenn er sich bewusst wird, wie sehr ein bequemer Alltag jedes einzelnen Bürgers vom Ausland abhängt. Fast 100 Prozent der Rohstoffe, die unser Land verarbeitet und verbraucht, stammen aus dem Ausland. Andere Staaten liefern uns zudem 80 Prozent der Energie, 45 Prozent der Nahrungsmittel und 30 Prozent der Investitionsgüter, die die Industrie braucht, damit die Menschen Arbeit finden. Wir sind aber auch als Anbieter auf die Märkte anderer Staaten angewiesen. Zu bedenken ist, dass 95 Prozent unserer Uhren, 90 Prozent der chemischen und pharmazeutischen Produkte und 70 Prozent der Maschinen, die in der Schweiz hergestellt werden, vom Ausland gekauft werden.

Anhand dieser wenigen Angaben ist einsehbar, in welchem Masse unser Wohlstand das Resultat vielfältiger, wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der internationalen Staatenwelt ist.

II.

Oft muss die Tatsache, dass wir uns in diesem Jahrhundert aus

den grossen Weltkonflikten heraushalten konnten, als Grund dafür herhalten, dass wir uns besser nicht mit der Aussenpolitik beschäftigen. Man beruft sich dabei gerne auf Bruder Klaus, der gesagt haben soll: «Mischt Euch nicht in fremde Händel! Machet den Zaun nicht zu weit!» Es wird sogar behauptet, der UNO-Beitritt bedeute eine Wende in unserer schweizerischen Aussenpolitik.

Bei näherer Betrachtung lässt sich nachweisen, dass wir uns seit mehr als einem Jahrhundert aus den grossen Weltkonflikten heraushalten konnten, gerade weil wir eine Aussenpolitik betrieben haben, allerdings als neutraler Staat und eingebettet in ein sicherheitspolitisches Konzept der bewaffneten Neutralität.

Diese Art der Aussenpolitik genützte lange Zeit und hat sich ausserordentlich leistungsfähig erwiesen, solange die Schweiz gegen europäische Konflikte geschützt werden musste. Heute gehört Europa im Gegensatz zu vielen andern Regionen der Welt zu den Gegenden, in denen seit Jahrzehnten Frieden herrscht. Dafür brennt es an vielen andern Orten in der Welt. Und die modernen Waffenarsenale bedrohen die Menschheit insgesamt. Ein dritter Weltkrieg wäre wohl für die ganze zivilisierte Welt das kaum vorstellbare, schreckliche Ende. Deshalb braucht es heute die UNO als keineswegs immer nur erfolgreiches, aber einzig vorhandenes, zusätzliches Instrumentarium, um diesen neuen Problemen, von denen auch

die Schweiz betroffen ist, zu bewältigen.

Die Schweiz war wegen ihrer Kleinstaatlichkeit und ihrer Rohstoffarmut stets auf einen intensiven Austausch mit dem Ausland angewiesen. Das ist ein Grund, warum sie immer auch eine offene Aussenpolitik betrieben hat. Interessanterweise hat sie die Herausbildung der Neutralität seit dem 16. Jahrhundert daran keineswegs gehindert. Die Offenheit ist im Gegenteil dadurch noch gefördert worden.

Bürgermeister Rudolf Wettstein schrieb am Friedenskongress von 1648 in Münster als Vertreter der Schweiz: «Es heisst nicht, sich in fremde Händel mischen, wenn man des Nachbarn Haus löschen hilft.» Die UNO ist das einzige universelle Verhandlungsforum mit der Hauptaufgabe der Friedenssicherung, dessen Verhandlungsinstrumentarium ständig zur Verfügung steht und auch in Krisenlagen wie dem Kuba-Konflikt oder dem Yom-Kippur-Krieg oder in Zypern effizient eingesetzt werden konnte.

III.

Seit jener Zeit des Dreissigjährigen Krieges, als Bürgermeister Wettstein zu seiner Ansicht kam, besonders aber seit dem Zweiten Weltkrieg, hat sich die Welt und damit auch die Schweiz ganz ausserordentlich gewandelt. Mit ihr haben sich aber auch die Vereinten Nationen als Organisation geändert. Anfänglich war die UNO, wie seinerzeit der Völkerbund, im wesentlichen eine Vereinigung

von 50 Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Die Schweiz hat bei der Gründung der UNO die richtigen Lehren gezogen aus dem Scheitern des Völkerbundes, dem sie angehörte. Sie trat dieser «Siegervereinigung» als neutraler Staat nicht bei. Allerdings hatte sich Max Petitpierre, der frühere schweizerische Aussenminister, am Ende seiner Amtszeit Gedanken über den UNO-Beitritt gemacht. So hat er schon 1959, in einer Notiz an den Gesamtbundesrat, weit vorausblickend festgehalten, dass dieser richtige Entscheid sich in sein Gegenteil verkehren könnte: «Die UNO tendiert zur Universalität», schrieb er. «Je mehr sie sich diesem Ziele nähert, je mehr sondern sich souveräne Staaten, die draussen bleiben, ab. A la longue könnte sich daraus eine Schwächung der internationalen Position der Schweiz ergeben.»

Im kommenden März geht es also um die Frage, ob der Moment gekommen ist, in dem ein Abseitsstehen ausserhalb der UNO den schweizerischen Interessen mehr dient oder schadet. Das Volk und die Stände haben abzustimmen, ob es um eine kluge Interessenwahrung der Schweiz geht, wenn sie einer Vollmitgliedschaft unseres Landes zu den Vereinten Nationen zustimmen. Man sollte sich hüten, in diesem Urnengang mehr als die Frage zu sehen.

Die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik lassen sich mit den Begriffen Neutralität, Solidarität und Disponibilität umschreiben. Es geht auch in Zukunft darum, diese Begriffe mit Leben zu erfüllen in einer praktischen Aussenpolitik.

Der Beitritt zur UNO ist keineswegs mit dem Beitritt zu einem Weltparlament oder zu einer Weltregierung gleichzusetzen. Die UNO ist manches, aber dieses ist sie nicht. *Sie ist – so könnte man vorsichtig sagen – ein Versuch, den Frieden in der*

Welt zu mehren und dort zu erhalten, wo es ihn, nur allzu selten gibt. Solche Versuche bergen stets auch die Gefahr in sich, zum Scheitern verurteilt zu sein, da sie von Menschen unternommen werden. So ist es zahlreichen Versuchen der UNO, Frieden zu stiften, auch ergangen.

Aber es gibt auch Beispiele, bei denen die UNO die Rolle einer Friedensstifterin erfolgreich hat spielen können. Dank Vermittlung der UNO und ihrer Mitgliedstaaten, wobei gerade die Neutralen eine hervorragende Rolle gespielt haben, konnten verschiedene gefährliche Konflikte, die weltweite Dimensionen hätten annehmen können, entschärft werden. Ich weise z.B. auf die Kubakrise von 1962 oder auf den Yom-Kippur-Krieg von 1973 hin. Die UNO hat auch im Kaschmir-Konflikt vermittelt und ist sehr stark beteiligt an einem Vermittlungsprozess in Afghanistan. Es ist auch daran zu denken, dass UNO-Blauhelm- und -Beobachtertruppen die Sicherheit in Konfliktregionen wie Zypern, den Golan-Höhen und im Südlibanon erhöhen. Israel schätzt die im Südlibanon stationierten Blauhelmtuppen deshalb, weil sie für die Sicherheit seiner Nordgrenze von allergrösster Bedeutung sind. Ende 1984 verlangte Israel sogar eine Verdoppelung der UNO-Truppenkontingente. Es lohnte sich deshalb manchmal auch, darüber nachzudenken, weshalb Israel, das doch so oft gebrandmarkt wird durch die UNO-Vollversammlung, nicht längst aus der UNO ausgetreten ist. Israel und der andere, oft isolierte Staat, nämlich Südafrika, wollen auf keinen Fall aus der Weltorganisation austreten. Es kann nur einen Grund geben: Ihre Interessen lassen sich innerhalb der UNO besser vertreten als ausserhalb.

Die UNO ist eine lebendige Völkergemeinschaft. Sie widerspiegelt natürlich alle Gegensätze,

alle Ungereimtheiten und Feindseligkeiten, ebenso wie die tiefgreifenden Unterschiede der gesellschaftlichen Systeme in West und Ost.

Gestatten Sie mir einen gewagten Vergleich: Wir kennen das doch aus unseren Dorfvereinen und Sportclubs. Aus diesen Erfahrungen auf unserer Ebene des Gemeinwesens wissen wir, dass trotz aller gegenteiliger Auffassungen, Standesunterschiede und Interessengegensätzen in einem Verein manches Problem am Rande einer Sitzung gelöst werden kann. Institutionen, die eigens zur Konfliktlösung geschaffen wurden, vermögen oft weniger Frieden zu stiften als eben diese Gespräche im Schosse eines Vereins. Irgendwie lässt sich das schon mit der Realität der UNO-Generalversammlung vergleichen. Natürlich müssen in diesem Gremium die Vertreter der über 150 Staaten ihre unterschiedlichen Auffassungen oft lauthals zur Geltung bringen. Ganz besonders tun dies die Kleinen und Armen, denen man nirgends sonst Gehör schenkt. Das schafft dann die zahlreichen Vorurteile gegenüber der Weltorganisation, mit denen sich leicht emotional eine Gegnerschaft herstellen lässt.

V.

Man sollte als Massstab für die UNO nicht eine befriedete, meist harmonische und glückliche Staatengemeinschaft, also ein Ideal, nehmen. Wir Schweizer neigen gerne dazu, unseren Bundesstaat zum Massstab für alles zu nehmen. Das führt zu nichts, weil dieser Massstab dazu nicht taugt.

Wir sollten vielmehr begreifen, dass wir originelle Formen der Konfliktregelung herausgefunden haben und seit vielen Jahren und Jahrzehnten erfolgreich praktizieren. Sie wären es vielleicht wert, andernorts erläutert und zur Kenntnis gebracht zu

werden. Aber das wird nicht in gleichem Masse möglich sein, wenn wir mit einigen Kleinstaa-ten wie Liechtenstein, Monaco, San Marino und dem Vatikan draussen bleiben. Man will, dass die Schweiz ihren Beitrag und ihr Wissen voll und ganz einbringt.

Die UNO hat sich übrigens laut Art. 2 der UNO-Charta selber verpflichtet, Nichtmitglieder aufzunehmen, insoweit diese nach Grundsätzen handelten, die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dienen.

VI.

Manche befürchten, dass der schweizerische UNO-Beitritt eine kostspielige Angelegenheit werden könnte. Es ist auch keineswegs verboten, die UNO zu kritisieren. Die UNO tut es selber auch. Eben ist kürzlich ein äusserst kritischer Bericht über Auswüchse der Bürokratie, falsch eingesetzte personelle Mittel und Fehler in der Verwaltungstätigkeit erschienen, den die UNO selber in Auftrag gegeben hat. Diese äusserst kritische Bestandesaufnahme enthält aber ebenfalls die Mittel, Wege und Rezepte, wie die Mängel in einer so grossen Organisation, wie es die UNO ist, behoben werden können. Wenn wir die Kritik selber ausüben, sollten wir aber auch die Sache in die richtigen Relationen setzen. Immerhin übersetzt die UNO alle ihre Informationen in sechs Sprachen. *Der Papierausstoss der UNO für ein ganzes Jahr ist aber geringer als eine einzige Auflage der Sonntagsausgabe der New York Times.* Das Budget der UNO für 1984 ist mit etwas über einer Milliarde mit jenem der Stadt Zürich gleichzusetzen. Und die weltweit wahrgenommenen Aufgaben der UNO werden mit einem Personalbestand von 16 000 Menschen bewältigt. Die Stadt Zürich beschäftigt allein 6000 Leu-

te in ihrer Verwaltung. Der Personalbestand der Allgemeinen Bundesverwaltung ist etwa zweieinhalb mal so gross wie jener der UNO, oder anders gesagt: die UNO beschäftigt etwa so viel Leute wie das Eidg. Militärdepartement. Die UNO ist also keineswegs jenes schlagende Beispiel für eine überbordende Bürokratie, das manche an die Wand zu malen versuchen.

VII.

Die Schweiz ist heute Mitglied der meisten Spezialorganisationen der UNO. Ursprünglich war man der Meinung, die Arbeit der Vereinten Nationen lasse sich sauber trennen in technische Fragen einerseits und politische Probleme andererseits. Es hat sich später in zunehmendem Masse erwiesen, dass diese scharfe Trennung immer unmöglicher wurde. Die Richtlinien und Rahmenbedingungen zur Behandlung der technischen Fragen werden immer mehr in den politischen Gremien der UNO festgelegt. Da fehlt dann die Schweiz, weil sie der Generalversammlung nicht angehört. Ihr Standpunkt dazu kann nur über Fürsprecher aus anderen Ländern eingebracht werden, die ihn allzu oft mit ihren eigenen, allenfalls abweichenden Interessen vermengen und damit auch verfälschen. Notgedrungen geschieht die Interessenwahrung auf diese Weise also nicht mit der erforderlichen Klarheit und nicht mit dem für die Schweiz wünschbaren Nachdruck. Auf die Dauer ist das kein Zustand, und ändern können wir nur etwas mit einer Vollmitgliedschaft.

Vergessen wir auch nicht, dass immer mehr Entscheide der politischen Gremien der UNO über das Völkerrecht und über internationale wirtschaftspolitische Regelungen – ich denke beispielsweise an den Komplex des Nord-Süd-Dialogs – Einfluss auf unser, mit der internationa-

len Staatengemeinschaft so eng vernetztes Staatswesen gewinnen.

Kann sich die Schweiz den Problemen einfach verschliessen, die sich in den Entwicklungsländern ausbreiten, wo drei Viertel der Weltbevölkerung leben? *Nicht ohne Grund gibt die UNO 75 Prozent ihres Budgets für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Regionen der Armut, des Hungers und der Krankheit aus.* Damit wird ein verzweifelter, aber nicht aussichtsloser Versuch unternommen, den Graben zwischen reichen und armen Ländern zu verringern und dadurch die internationalen Spannungen und Konfliktherde zu reduzieren. Wie dies alles geschieht, beobachtet heute die Schweiz von aussen, einzig zusammen mit den beiden Korea, dem Vatikan, der Palästinensischen Befreiungsfront, der südafrikanischen Befreiungsfront und einigen regionalen Organisationen wie der Europäischen Wirtschaftskommission. Genügt dieser Status für die Schweiz in der heutigen veränderten Weltlage noch? Das fragen nicht nur wir Schweizer uns. Das fragt sich inzwischen auch das Fürstentum Liechtenstein. Dieses Abseitsstehen hat auch zur Folge, dass der schweizerische Beitragssatz von 170 Millionen an die UNO-Unterorganisationen vom Zentralorgan der UNO, der Generalversammlung in New York, festgelegt wird, wo wir nicht dabei sind. Würden wir in unseren eignen persönlichen Angelegenheiten mit soviel Geld uns engagieren und dabei freiwillig auf jede Mitsprache, wie dieses Geld verwendet wird, verzichten und es andere nach eigenem Gutdünken ausgeben lassen? Die zusätzlichen Ausgaben bei einem UNO-Beitritt belaufen sich auf 20 Mio.

Es gibt noch andere Fälle, wo unser Status als Beobachter sich augenfällig als Nachteil herausstellt. Die UNO-Generalver-

sammlung lenkt und koordiniert zunehmend sämtliche Tätigkeiten der Unterorganisationen. Sie ergreift plötzlich Initiativen in einem Bereich, den bislang eine Spezialorganisation behandelt hat, wo wir mitreden. Oder sie behält sich die abschliessenden Entscheide vor, bei denen wir nicht mehr mitstimmen können. Zwei Beispiele: Die Resolution über die industrielle Restrukturierung betrifft teilweise die Privatinvestitionen in der Dritten Welt. Sie wurde zunächst unter schweizerischer Beteiligung in der Teilorganisation UNIDO ausgearbeitet. Aber die Generalversammlung änderte die Bestimmungen ab und entschied endgültig über den Resolutionstext – ohne die Schweiz. *Zuweilen kann heute dieses Abseitsstehen geradezu peinlich sein. Als die Generalversammlung darüber beriet, ob gewisse Dienste von Genf nach Wien verlegt werden sollen, was für Stadt und Kanton von eminenter Bedeutung war, konnte der Schweizer Vertreter bei der UNO nachts um 11 Uhr vor Schluss der Sitzung in einer auf fünf Minuten begrenzten Redezeit unsern Standpunkt vortragen. Das ist nur so, weil wir es selber bisher so wollten. Weil wir der UNO nicht angehören wollten. Wir sind es uns aber doch sonst nicht gewöhnt, unsere Vorstellungen durch Dritte vertreten zu lassen. Aber wir waren gezwungen, die schweizerischen Abrüstungsvorstellungen über eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit vor der Anwendung militärischer Mittel an der Sondersession der Generalversammlung über Abrüstung durch Schweden, Österreich, Finnland und Jugoslawien vortragen zu lassen. Wollen wir diesen Zustand allen Ernstes andauern lassen?*

VIII.

Ich möchte meiner Überzeugung für einen Beitritt der

Schweiz zur UNO über das Gesagte hinaus noch mit einigen weiteren Feststellungen Nachdruck verleihen:

1. Die Welt ist im Zeitalter der elektronischen Kommunikation und der Überschallflugzeuge kleiner geworden und sich näher gekommen. Das dürfen wir bei allen Zwisten und Kriegen, bei allem Elend, dessen Zeugen wir abends an den Fernsehschirmen sind, nicht übersehen. Unsere Solidarität ist gerade angesichts dieses besseren Wissens auch stärker gefordert als zu früheren Zeiten.

In der UNO wird ernsthaft, mit unterschiedlichem Erfolg, um Lösungen wichtiger Probleme der internationalen Staatenwelt, vorab jedoch um die Friedenssicherung, gerungen. Schon aus Solidarität können wir von diesem Ringen nicht nur profitieren, wenn es erfolgreich war. Aus Solidarität müssen wir auch dort mithelfen, das Haus zu löschen, wenn der Erfolg nicht zum vornherein absehbar ist, und mitzuhelfen versuchen, die Auswirkungen von Misserfolgen so gering wie möglich zu halten. Wir sollten uns hüten, als die egoistischen Profiteure internationaler Friedensbemühungen dazustehen. Das schadet unserem internationalen Ansehen, auf das wir auch als wirtschaftlich so verflochtenes Land in hohem Masse angewiesen sind.

2. Eine Vollmitgliedschaft ist im ureigensten Interesse der Schweiz. Die UNO erarbeitet mehr und mehr völkerrechtliche, wirtschafts- und handelspolitische Regelungen, denen wir uns nicht entziehen können, bei deren Ausarbeitung wir aber heute nicht oder nur teilweise mit dabei sind. Wir haben deshalb Folgen zu tragen, ohne die Ursachen je beeinflusst zu haben.

Die Liste der Verträge, Abkommen und Verhandlungen, an denen die Schweiz nicht oder nur

teilweise mitwirken konnte, die jedoch die Schweiz unterzeichnet und ratifiziert hat oder die die Schweiz betreffen, ist lang. Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen:

- den Atomsperrvertrag, den wir 1977 ratifiziert haben;
- das Übereinkommen gegen Geiselnahme, das gleichentags ratifiziert wurde;
- die Konvention gegen die Folter, die am 4. Februar dieses Jahres unterzeichnet wurde;
- die Konvention über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände, die 1974 ratifiziert wurde;
- die Liste gefährlicher chemischer Produkte, pharmazeutischer Wirkstoffe, Betäubungsmittel und Pestizide sowie Basissubstanzen wird von der UNO ohne uns erstellt;
- ein Verbot chemischer Waffen, an dem die Rotkreuznation Schweiz ganz besonders interessiert wäre.

Wie unbefriedigend es ist, wenn man draussen vor der Tür bleibt im Moment, wo entschieden wird, erlebte ich im Zehnerclub, d.h. beim Zusammentreffen der Finanzminister der elf wichtigsten Industrienationen. Bei der Vorarbeit sind wir dabei, man hört auch auf uns, aber in der Entscheidphase fehlen wir, weil wir auch nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sind. Im Land mit der am weitesten vorangetriebenen direkten Demokratie ist dies ein Zustand, der unserem Staatswesen zutiefst zuwiderläuft.

3. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sehen in der Neutralität ein Hindernis für einen UNO-Beitritt. Unsere immerwährende Neutralität ist aber gerade in unserem Zeitalter der Teilung der Welt in mächtige politische, militärische und wirtschaftliche Blöcke eine einmalige Chance. Österreich, Schweden und Finnland haben sie wahrgenommen.

Die Schweiz könnte bei einem Beitritt, zusammen mit den übrigen Neutralen, eine wichtige Rolle spielen, die allen andern auch zugute kommen kann, die aus ihrer Blockzugehörigkeit nicht selber vermittelnd tätig sein können. *Ein Vollbeitritt zur UNO wird also die Neutralität nicht bedrohen, sondern er wird sie aufwerten.*

Gerade die UNO hat die Neutralität als Staatsmaxime noch zusätzlich aufgewertet. Im österreichischen Staatsvertrag von 1956 bzw. im Moskauer Protokoll dazu heisst es nämlich, dass Österreich eine Neutralität «nach der Art der schweizerischen» annehmen sollte. Im gleichen Protokoll wird aber auch der Beitritt Österreichs zur UNO vorgesehen. Damit hat die UNO, deren Mitglieder über diesen Umstand im einzelnen informiert wurden, eine indirekte Anerkennung der Neutralität vorgenommen. Daran sollten wir denken.

Die Schweiz würde übrigens auch als UNO-Mitglied trotz ihrer Neutralität einen klaren Standpunkt einnehmen können. Es wäre also nicht so, dass sie sich dauernd der Stimme enthalten müsste. Dies bedeutete aber auch keine Änderung der Aussenpolitik, wenn man sich an einige Stellungnahmen des Bundesrates zu politischen Ereignissen erinnert:

- des Einfalls sowjetischer Truppen in Ungarn (1956);
- des Einfalls von Warschauerpakt-Truppen in der Tschechoslowakei (1968);
- der Hinrichtung baskischer Autonomisten in Spanien (1975);
- des Einfalls sowjetischer Truppen in Afghanistan (1979);
- der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen (1981);
- des Abschusses einer koreanischen Maschine durch die UdSSR (1983);
- der Invasion der USA in Grenada (1983);
- der verschiedenen Verurteilungen der südafrikanischen Apartheidpolitik durch den Bundesrat.

Dazu ist zu sagen, dass diese klaren Stellungnahmen keine negativen Rückwirkungen zur Folge hatten und auch den Einsatz des Roten Kreuzes nicht behinderten.

Noch an etwas ist dabei zu erinnern: 1953, als die Schweiz von den USA angefragt wurde, ob sie bereit sei, bei der Überwachung des Waffenstillstandes und des Austausches von Kriegsgefangenen in Korea mitzuwirken, hatte die Landesregierung gesagt: *«Die Neutralität der Schweiz kann nicht rein passiver Natur sein, sie muss vielmehr in den Dienst des Friedens gestellt werden.»* Zwischen den beiden Korea ist seither viel geschehen. Die Schweiz hat uni-

formierte Wehrpflichtige an die Grenze zwischen den beiden Ländern geschickt. Einen neuen Krieg hat es nie mehr gegeben. Damit sind zwar noch keineswegs alle Schwierigkeiten ausgeräumt. Indessen zeichnen sich im geteilten Korea Bemühungen der Annäherung ab, die immerhin zu Hoffnung Anlass geben. Korea ist nur ein Beispiel dafür, dass der Weg zum Frieden weit ist und eine lange Zeit erfordert. Die Weltgeschichte bewegt sich dort, wo sie ohne kriegerische Mittel auskommt, nur langsam und zäh, weil ohne Waffen nur das Gespräch, die Verhandlung, das geduldige Argumentieren und Überzeugen möglich sind als «Waffen». *Wir alle wissen, wie unglaublich zeitraubend es ist, bis Menschen ihre Ansichten und Vorurteile ändern und beseitigen. Darin aber unterscheidet sich der Gang humaner Friedensbemühungen von der gewaltsamen Regelung von Konflikten. Die Geduld ist der Preis für gewaltlose Problemlösung.* Darin hat die Schweiz eine lange historische Erfahrung, Übung und Praxis.

Sollte davon die internationale Staatengemeinschaft, die heute in der UNO praktisch vollzählig versammelt ist, nicht auch profitieren können? Sie kann es, wenn wir Ja sagen zu einem Vollbeitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen.

Ökumenische Konferenz religiöser Sozialisten der Schweiz

Denkschrift zum UNO-Beitritt der Schweiz

Die Vereinten Nationen als «internationale Tagsatzung»

Die UNO ist für viele Schweizer heute noch ein fernes, verschwommenes Gebilde. Obwohl sie ihren europäischen Sitz teil-

weise auch in unserem Land hat, bringen unsere Zeitungen Meldungen über sie meist nur in kleiner Schrift und an verstecktem

Ort, wobei dies sowohl Ursache wie Folge unserer gleichgültigen Haltung gegenüber den Vereinten Nationen sein mag.